

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/197

15. Oktober 1975

Vorrang der wirtschaftspolitischen Selbstverständlichkeit

Das Privatisierungskonzept des Bundeskanzlers brachte volle Klarheit

Seite 1 und 2 / 48 Zeilen

Chile-Junta jagt einen Christen

Der Fall des Bischofs Frenz wird zum Weltakandal

Seite 3 und 4 / 70 Zeilen

Der Himmel der CDU wird dunkel

Emnid-Zahlen belegen das Negativ-Bild der Union

Seite 5 / 35 Zeilen

Ist die Demokratie ein Irrtum?

Wie die "Welt" unsere Grundordnung in Frage stellt

Seite 6 und 7 / 49 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Auch Strauß wollte staatliche Wirtschaftslenkung

Seite 8 / 36 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 32 60 37 - 38
Telex: 06 55 648 - 48 pphn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 65 11

Vorrang der wirtschaftspolitischen Selbstverständlichkeit

Das Privatisimum des Bundeskanzlers brachte volle Klarheit

Gleich ob es ein Kanzler-Privatisimum über Gewinne war oder eine Darstellung des wirtschaftspolitischen und konjunkturellen Selbstverständnisses: Die Rede von Helmut Schmidt vor dem DAG-Kongreß ließ an Klarheit nichts zu wünschen übrig.

Je mehr neben Beteiligten und Betroffenen auch Unberufene und Unverständige die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion zu beeinflussen begannen, desto verschwommener wurde auch das Ziel, das zu erreichen nun einmal lebensnotwendig ist. Schließlich hat es ja auch umsatzrelevante Einbußen gerade von der Exportseite her gegeben: ein negativer Konjunkturimpuls, den zu leugnen sich bislang Unions-Politiker vorbehalten haben.

Die Lage ist zu kompliziert und das Problem zu bedeutend, als daß noch länger Gehör finden dürfte, wer zwischen Ertrag und Privatentnahmen nicht zu unterscheiden in der Lage ist. Der Kanzler hat sich mit seiner Rede vor der DAG zweifellos für jene Unternehmer verwandt, die zwar guten Willens sind, die aber neben praktischer Hilfe noch moralischen Zuspruch brauchen, um das Verlassen der Talachse auch tatsächlich zu wagen.

Schließlich gibt es da schon eine Wechselwirkung zwischen einer funktionierenden Ökonomie und einer erfolgreichen Politik, die zwar gelugnet werden kann, die aber dennoch vorhanden ist und auch bleibt. In der Zwischenzeit gibt es kaum noch einen Wirtschaftswissenschaftler, der ernstgenommen werden will und dies auch verdient, der die Notwendigkeit besserer Unternehmenserträge nicht bejaht. Immerhin ist es kein Geheimnis, daß jene rund 600 Unternehmen, die einmal für die Ablieferung der vermögensbildenden Gewinnabgabe vorgesehen waren, zwar 1973 noch einen gemeinsamen Gewinn von rund zehn Milliarden DM erwirtschaftet hatten, in diesem Jahr

aber voraussichtlich weniger als eine Milliarde DM Gewinn erwirtschaften werden. Dies ist sozusagen ein nicht aus der Welt zu diskutierender Grund für den starken Rückgang der Investitionen in diesem Jahr.

Dies zu sehen und zu unterscheiden von dem, was vielleicht Firmeneigner in die Privatschatulle stecken, ist Grundvoraussetzung für eine Versachlichung der Diskussion darüber, wie Beteiligte und Betroffene den Konjunkturkarren gemeinsam wieder flott machen können. Mit Stillstand oder Aufschwung der Konjunktur ist zuviel verbunden, als daß Platz für die Erprobung theoretischer Modelle gegeben werden könnte. Und an der Erkenntnis führt nun einmal keine Theorie vorbei, daß jedes Unternehmen - gleich wie es rechtlich organisiert ist - nicht nur das Geld erwirtschaften muß, mit dem die Arbeitnehmer bezahlt werden, sondern auch jenes Kapital, mit dem die Maschinen bezahlt werden, an denen auch in Zukunft Arbeitskräfte gebraucht werden.

Der Bundeskanzler hat die Diskussion zwischen Theoretikern und Praktikern nicht brüsk beendet, aber sie mit seinen Mahnungen soweit versachlicht, daß der, der will, für die praktische Politik der Zukunft sehr konkrete Schlüsse ziehen kann.

Theodor Trennes
(-/15.10.1975/bgy/pr)

+ + +

Chile-Junta jagt einen Christen

Der Fall des Bischofs Frenz wird zum Weltskandal

Wenig beachtet von einer breiteren Öffentlichkeit, hat sich in diesen Tagen ein - wenn auch kleiner - Ausschnitt chilenischer Innenpolitik auf dem Boden der Bundesrepublik abgespielt. Was ist geschehen?

Eine Auslandsreise, die ihn auch in die Bundesrepublik führte, wurde dem Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Chile, Helmut Frenz, zum Verhängnis. In Genf erfuhr der regimiekritische Oberhirte, daß die Junta in Santiago seine Rückkehr untereagt habe, was einer Ausweisung gleichkommt. Damit soll der Chef der rechtmäßigen, auch von der Evangelischen Kirche in Deutschland und den internationalen Kirchenbünden anerkannten Lutherischen Kirche in Chile mattgesetzt werden.

Zur gleichen Zeit, als Bischof Frenz in der Bundesrepublik weilte, traf eine Viererdelegation, an der Spitze ein anderer Oberhirte, nämlich der Bischof der von Frenz abgefallenen lutherischen Spalterkirche mit dem unverkennbar deutschen Namen Richard Wagner, in der Bundesrepublik ein. Unter dem Vorwand, deutsche Pfarrer für Chile anzuwerben, versuchen gegenwärtig die juntafreundlichen Gegenspieler von Frenz, von denen unglaublich menschenverachtende Äußerungen bekannt sind, der innenpolitischen Lageeinschätzung durch Bischof Frenz in der Bundesrepublik gegenzusteuern.

Diese Reise geschieht im Einvernehmen mit General Pinochet und ist von der chilenischen Vertretung in der Bundesrepublik arrangiert. Bei den Eingereisten handelt es sich um jene Leute, die kurz vor Weihnachten letzten Jahres ihren christlichen Offenbarungseid geschworen haben, als sie in der Zeitung "El Mercurio" die Machtübernahme des Generals Pinochet als "Antwort Gottes auf die Gebete aller Gläubigen, die im Marxismus eine satanische Macht sehen", werteten.

Von dieser innerkirchlichen Spaltung, die den Rang kirchenkämpferähnlicher Zustände unter dem NS-Terror haben, abgesehen, sollte das Ausland die quasi-Ausweisung von Bischof Frenz aber als das sehen, was sie tat-

nämlich ist: der Beginn eines neuen Stadiums des innenpolitischen Regimedruckes in Chile. Denn Frenz ist dem Regime in erster Linie als Leiter des "Komitees zur Zusammenarbeit für den Frieden in Chile" verhaftet, eine Organisation, die sowohl vor als auch nach dem Umsturz politische Gefangenen zu Tausenden die Ausreise ins Ausland ermöglichte. Daß Frenz auch als Seelsorger nicht in die innenpolitische Landschaft passe, versucht die Militärjunta mittels ihres Gegenbischofs Wagner und seiner heißerfüllten mittelständischen Christengemeinde propagandistisch zu verbreiten.

Mit der Ausweisung von Bischof Frenz, die im Zusammenhang mit einer neuen Verhaftungswelle gegen regimekritische Pastoren steht, ist insbesondere erfolgreiches Stück international anerkannter Arbeit unter politischen Flüchtlingen in Frage gestellt worden. Frenz hatte 1974 für seine Arbeit die UN-Flüchtlingsmedaille erhalten. Der lutherische Bischof hat bei seinem Zusammentreffen mit dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt klargestellt, daß es vor allem die bedrohte Zukunft des Friedenskomitees sei, deretwillen er nach Chile zurückkehren möchte. Der der Junta mißliebige Bischof appellierte bei seinem Besuch im Erich-Ollenauer-Haus an das Ausland, sich über die tatsächliche Lage in Chile keinen Sand in die Augen streuen zu lassen. Frenz bestätigte die permanente Folterpraxis, die Denunzierungskampagne gegen vermeintliche Staatsfeinde und die tägliche (und vor allem nächtliche!) Verletzung der Menschenrechte: allen gegenteiligen Beteuerungen der chilenischen Regierung zum Trotz.

Um der Fortführung der Flüchtlingsarbeit in Chile willen ist die umgehende Intervention des Auslandes bei der Militärjunta, gerade auch seitens der Bundesrepublik, zugunsten von Bischof Frenz ein Gebot der Stunde. Ergänzend hierzu wäre ein erneutes Wort der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Verletzung der Menschenrechte in Chile hilfreich. Es ist daran zu erinnern, wie entschlossen Bischof Kunst, der Beauftragte der EKD in Bonn, seinerzeit im Dezember 1973 davon gesprochen hatte, daß das Problem Chile nicht nur eine Sache des Außenministers sei. Vielmehr dürften Christen "keine stummen Hunde" sein, wenn irgendwo auf der Welt die Menschenrechte zu verteidigen seien.

Oder wollen die meisten von uns - wie es jüngst in Berlin wieder einmal deutlich geworden ist - von chilenischen Flüchtlingen nichts mehr wissen? Vielen von diesen hatten Bischof Frenz und andere chilenische Christen Schutz gewährt, bevor sie zu uns kamen. In all diesen Fragen steht für die Bundesrepublik ein hoher moralischer Anspruch auf dem Spiel, nämlich einer der ganz wenigen Staaten zu sein, der das Asylrecht als Grundrecht in die Verfassung aufgenommen hat. (rr/15.10.1975/bgy/pr/e)

Der Himmel der CDU wird dunkel

Emnid-Zahlen belegen das Negativ-Bild der Union

Das wirkliche Bild, das sich die deutsche Öffentlichkeit und der deutsche Wähler von der Unions-Partei CDU machen, entspricht in keiner Weise der grasgrünen Fröhlichkeit, mit der das Konrad-Adenauer-Haus propagandistisch in den Kampf um die Bundestagswahl im Oktober 1976 zu gehen beabsichtigt. Das Bielefelder Emnid-Institut, auch von der CDU/CSU zu den seriösen Meinungsbefragungsanstalten gerechnet, zeigt, daß sich dem CDU-Wähler die von ihm bisher favorisierte Partei in einem recht desolaten Zustand darstellt: zerstritten, profitorientiert, arbeiterfeindlich, konservativ und Partei der Misemacher und Nörgler.

Diese Umfragefakten müssen die CDU aus ihrem bunten Hoffnungshimmel herunterholen, in dem sie sich bislang selbstbewußt und - man denke nur an den "Kern" der Führungsgruppe in der CDU-Zentrale - arrogant getummelt haben. Die Wahrheit über die CDU, wie sie sich dem Volke heute darstellt, ist grau und entspricht daher auch zurecht der beunruhigten Skepsis, mit der man bei den Insidern des Konrad-Adenauer-Hauses tatsächlich dem Oktober-Wahltag entgegensieht. Das negative Umfrageergebnis ist die logische Konsequenz aus dem nahezu ausschließlich negativen politischen Verhalten, das die Partei und ihre Fraktion im Bundestag in den vergangenen Monaten und Jahren an den Tag gelegt haben. Die einzige Alternative, die die Unions-Partei zu bieten hatte, war die Wahl zwischen einem stereotypen Nein und einem unbeholfenen Ausweichen. Der wütende Nur-Konfrontationskurs von Sonthofen, der sich im laut schimpfenden Anrennen gegen die Regierung- und Koalitionspolitik erschöpft, mußte eines Tages auch die Wähler erschöpfen. Dieses Ergebnis kann das Konrad-Adenauer-Haus an den Emnid-Zahlen ablesen.

Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß diese Emnid-Zahlen die Reibereien und Differenzen innerhalb der CDU-Führung sowie zwischen ihr und der Strauß-CSU nicht beenden, sondern nur noch weiter anheizen werden. Da es plattförmig unmöglich ist, in dem knappen Jahr, das bis zum 3. Oktober 1976 noch zur Verfügung steht, eine Partei wie die CDU so umzukrempeln, daß das graue Negativ-Bild plötzlich wieder so grasgrün wie die CDU-Werbung werden kann, wird bis auf weiteres die Suche nach den Schuldigen beginnen. Es gibt Leute im Konrad-Adenauer-Haus, die sich auf eine Rundumverteidigung einrichten. (e/15.10.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Ist die Demokratie ein Irrtum?

Wie die "Welt" unsere Grundordnung in Frage stellt

Springers "Welt" ging aufs Ganze. Der bloßen Attacken aufs Soziale und Liberale offenbar überdrüssig, vierteilte Redaktions-Kulturchef Dr. Günther Deschner am Dienstag in Richtung Endlösung. Er erklärte kurzzerhend "Liberalismus und Sozialismus in allen ihren Facetten", das ganze Menschenbild der Aufklärung, für widerlegt: "In Ost und West fordern politische Stammväter die klassenlose Gesellschaft und glauben bedingungslos an die Gleichheit aller Menschen. Sie war Grundlage der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung - und des kommunistischen Manifestes. Für die Ideologie der Chancengleichheit ist die Gleichheitsfrage das Fundament. Forscher haben jetzt nachgewiesen: Die Erbanlagen sind stärker - die Menschen sind ungleich von Anfang an."

Deschner beruft sich auf die amerikanischen Wissenschaftler William Shockley (Physiker und Nobelpreisträger) und Arthur R. Jensen (Erziehungspsychologe) sowie den Londoner Psychologie-Professor Hans Jürgen Eysenck, die nachgewiesen haben wollen, daß die meßbare menschliche Intelligenz überwiegend von den Erbanlagen und nur zum geringen Teil von der Umwelt bestimmt werde, und daß sie nicht nur zwischen den Individuen, sondern auch zwischen den Rassen differiere, wobei freilich auch festgestellt wird, daß es unterschiedliche, also mit dem herkömmlichen Intelligenzquotienten nicht quantifizierbare Intelligenzstrukturen gibt.

Ob diese Thesen haltbar sind, das in aller Gelassenheit zu klären ist Sache der Fachwissenschaften. So interessant das Ergebnis auch sein wird, für den Bereich, für den es der "Welt"-Redakteur Deschner bemühte, ist es ohne jede Relevanz. Das Postulat von der Gleichheit der Menschen, das Fundament aller Menschenrechte und demokratischen Staatsverfassungen, ist nicht im geringsten von der Frage abhängig, ob die

menschliche Intelligenz ererbt oder erworben wird. Es ist doch nicht strittig, daß nicht alle Wahlberechtigten in gleichem Maße zur Beurteilung der politischen Verhältnisse qualifiziert sind, aus welchen Gründen auch immer, und dennoch ist von allen Möglichkeiten, staatliche Autorität und Macht zu verleihen, die der allgemeinen und freien Wahl die gerechteste und für alle beste.

Die in der "Welt" unter dem bezeichnenden Motto "Die Gleichheit ist kein Dogma mehr" verbreiteten abstrusen ordnungspolitischen Auffassungen wären keiner Beachtung wert, wären sie nicht Ausdruck, wenn auch überpointierter, einer unübersehbaren Tendenz: pseudowissenschaftlich camouflierte Irrationalität im Dienst der Antiliberalität und Entdemokratisierung. Da nicht anzunehmen ist, daß sich ein so unerbittlicher Streiter für die Aristokratie der Intelligenz wie Kulturrevolutionär Deechner der Vereündigung wider das menschliche Einsichtsvermögen schuldig gemacht hat, indem er das keines Beweises bedürftige ethisch-demokratische Postulat der Gleichheit aller Menschen den unstrittenen Ergebnissen der Intelligenzforschung irrtümlich unterordnete, kann hier nur ein Anschlag auf die freiheitlich demokratische Grundordnung konstatiert werden.

Des "Welt"-Kulturchefs Glück mag sein, daß solche Aktivitäten gemeinhin nur von den Radikalen des anderen ideologischen Pols erwartet und mit dem gebührenden Entsetzen quittiert werden. Insofern ist es mit der Gleichheit tatsächlich noch nicht so weit her.

Claus Preller
(-/15.10.1975/bgy/e/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Auch Strauß wollte staatliche Wirtschaftslenkung

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat entweder ein schlechtes Gedächtnis, oder er spekuliert mit dem schlechten Gedächtnis der anderen. So hat er es immerhin erreicht, daß im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen ihm und dem CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf niemand den CSU-Vorsitzenden daran erinnert, daß er selbst noch vor dem Ahlener Programm der CDU für Wirtschaftslenkung, Mitbestimmung und für die Überführung von Privat- in Gemeineigentum eingetreten ist.

In Ahlen wurde am 3. Februar 1947 ein Wirtschaftsprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen beschlossen, das eine neue Struktur der deutschen Wirtschaft forderte, weil man davon ausgegangen war, "daß die Zeit der unumschränkten Herrschaft des privaten Kapitalismus vorbei ist". Planung und Lenkung der Wirtschaft, so hieß es, werde auf lange Zeit hinaus in erheblichem Umfang notwendig sein. Dies gelte in einem gewissen Umfang auch für "normale Zeiten".

Entgegen bisheriger Vermutungen wurden aber solche Forderungen innerhalb der Unions-Parteien keineswegs erst im Ahlener Programm, sondern in einem Grundsatz-Programm der CSU erhoben. Während die Väter des Ahlener Programms längst aus der aktiven Politik ausgeschieden sind, ist einer der Mitarbeiter am Grundsatz-Programm der CSU noch sehr rege tätig: Es ist Franz Josef Strauß, der dieses Programm im Dezember 1946 als Generalsekretär der Öffentlichkeit übergeben hatte.

Dieses Grundsatzprogramm der CSU enthält folgende bemerkenswerte Forderungen:

"Wir anerkennen das Recht des Staates, die Wirtschaft nach Gesichtspunkten des Gemeinwohls zu lenken."

"Wir verlangen ein angemessenes Mitbestimmungsrecht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Lenkung der Wirtschaft... Bei Betrieben von erheblicher Bedeutung sollen die Arbeitnehmer einen unmittelbaren Einfluß auf die Leitung und Verwaltung durch geeignete Vertreter ausüben."

"Soweit der wirtschaftliche Großbetrieb sich entwickelt und besteht, darf er unter keinen Umständen zu einem selbstständigen und kapitalistischen Profitunternehmen ausarten."

"Wir vertreten die Überführung von Privat- in Gemeineigentum gegen angemessene Entschädigung dann, wenn es das Gemeinwohl fordert."

(-/15.10.1975/bgy/pr/e)

(Quelle: apk München)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller